

28. Oktober 2022, / Auerbacher Zeitung

Kommunen sondieren Vorschlag für Stadtwerke

Auerbacher OB greift Wahlkampf-Idee auf – Interesse bei Nachbarn

Von Holger Weiß

Auerbach - Welche Möglichkeiten haben Kommunen, um ihren Energiebedarf stärker als bisher aus erneuerbaren Quellen zu decken? Angesichts der aktuellen Energiekrise mit steigenden Preisen und unbestimmter Versorgungssicherheit schickt man sich im Göltzschtal an, eigene Lösungen zu suchen oder andernorts gefundene, praktikable Lösungen nachzunutzen: Die Bürgermeister des Städteverbund-Quartetts mit Auerbach, Ellefeld, Falkenstein und Rodewisch plus Lengenfeld und Treuen haben am Donnerstag ein erstes Sondierungsgespräch geführt, um Wege zu beraten, wie erneuerbaren Energien für ihre Kommunen genutzt werden können.

„Das Treffen war völlig ergebnisoffen hinsichtlich Struktur und Organisationsform, aber auch hinsichtlich der Energiequellen“, betont Auerbachs OB Jens Scharff (parteilos) nach dem Treffen. Es war von Scharff angeregt worden. Im Wahlkampf im Frühjahr hatte er das Thema unter dem Stichwort „Stadtwerke Strom“ auf die Tagesordnung gesetzt. Seit August im Amt, hatte er sofort versucht, seine Amtskollegen dafür zu interessieren.

Beim Auftakttreffen am Donnerstag stellte ein Wirtschaftsprüfer Gesellschaftsformen vor, in denen die Energieerzeugung organisiert werden könnte – von der Genossenschaft bis zum Zweckverband. Zudem sei deutlich geworden, dass in den Kommunen aktuell Stromerzeugung aus Solarenergie über Fotovoltaikanlagen auf kommunalen Gebäuden favorisiert werde. „Was wir nicht wollen ist, neue Flächen zu versiegeln“, betont Jens Scharff, der aus seiner Zurückhaltung gegen Windkraft keinen Hehl macht. Rodewischs Bürgermeisterin Kerstin Schöninger (CDU) brachte auch die Nutzung von Biogasanlagen und Geothermie ins Gespräch.

In der Sondierungsrunde wurde ein weiteres Treffen für Anfang 2023 verabredet. „Bis dahin wollen wir alle Hausaufgabe erledigen und ermitteln, welcher Energiebedarf für kommunale Einrichtungen in den einzelnen Orten besteht. Und welche Flächen auf Dächern kommunaler Gebäude und Gesellschaften für Photovoltaik infrage kommen“, kündigt Auerbachs OB an.